

Für regionale Landwirtschaftskreisläufe

MdL Sabine Berninger: LINKE fordert Tierschutzsiegel auf Lebensmittel und Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Unentwegte und ausdauernde Engagierte aus Thüringer Bürgerinitiativen gegen industrielle Massentierhaltung waren dem Aufruf zur Demonstration „Schluss mit den tierquälerischen Schweinereien“ vor dem Thüringer Landtag am 13. Oktober gefolgt. Dabei, auch für die Abgeordneten im Plenum unübersehbar, die Sau Berta.

Anlass des Protests war der jüngste Vorfall in der Alkerslebener Schweinemastanlage (Ilmkreis), wo am 22. Juni aufgrund einer defekten Lüftungsanlage in nur einer Nacht 3.021 Ferkel erstickten. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) betonte, dass dies „keine Veranstaltung gegen die Landwirtschaft sei, sondern gegen gewisse Praktiken in der Landwirtschaft“.

Der BUND hat für die Bürgerinitiative „Diamantene Aue“ Klage gegen die Genehmigung der Schweinemastanlage Oldisleben beim Verwaltungsgericht Weimar eingereicht. In der Anlage auf dem früheren Agrarflugplatz zwischen Oldisleben und Esperstedt sollen 8.640 Schweine gemästet werden. Trotz 1.700 Einwendungen hat das Landesverwaltungsamt eine Genehmigung erteilt. Während die Rednerin dieser Bürgerinitiative vor allem auch eine „konsequente Änderung der Förderpolitik“ und das „Ende der gigantischen Überproduktion von Schweine- und Rindfleisch“ forderte, betonte Heike Thorwarth von der Bür-

gerinitiative „Entlang der Wipfra“, dass die Gesetze für die Genehmigung solcher Anlagen umgehend geändert werden müssen. Vorrang müssten ökologisch und tiergerecht arbeitende Betriebe in regionalen Landwirtschaftskreisläufen haben.

Aus dem Landtag ergriffen Vertreter der Fraktionen von SPD, Grünen und der LINKEN das Wort. Sabine Berninger sprach vor allem auch als Wahlkreisabgeordnete, die das Bürgerengagement gegen die Schweinezuchtanlage in Alkersleben schon seit Jahren unterstützt. Die Politikerin der LINKEN problematisierte insbesondere die Nitratbelastung von Böden und Grundwasser und äußerte ihr Unverständnis darüber, dass der Widerspruch der betroffenen Gemeinde Etischleben ignoriert wurde. Als Mitglied des Petitionsausschusses, wo die Abgeordnete stellvertretende Vorsitzende ist, verwies sie auf die zu den Anlagen vorliegenden Petitionen, für deren weitere Behandlung jedoch der Ausgang der Gerichtsverfahren abge-

wartet werden müsse. Mit großem Interesse wurden die Ausführungen von Sabine Berninger zu den Positionen der LINKEN aufgenommen.

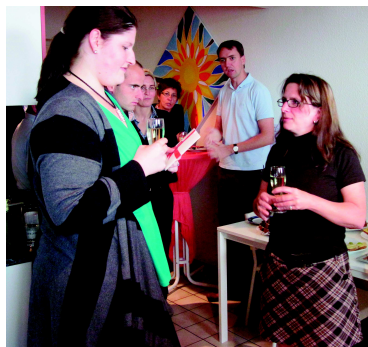
Wenn hier Fleischproduktion mit 31 Cent pro Kilogramm subventioniert wird, könnten Entwicklungsländer, in die tiefgekühltes Fleisch aus Europa



exportiert wird, natürlich nicht mithalten. „Wir nehmen ihnen die Existenzgrundlage mit unserem billigen Fleisch.“

Mehr Qualitätsfleisch, das sich aber die Menschen auch leisten können müssen, dafür sollte die Politik sich einsetzen. Die LINKE fordert Tierschutzsiegel auf Lebensmittel und ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

Dank gesagt für engagiertes Praktikum



Nach sechswöchigem Praktikum im Ressort Kommunales/Innenpolitik der LINKEN verabschiedete sich Constance Ehrhardt (im Foto l.), Studentin der Geschichte, von der Fraktion.

Ressortleiterin MdL Sabine Berninger dankte Frau Ehrhardt für ihr Engagement bei der Auswertung der ersten Phase des Volksbegehrens für sozial gerechte Kommunalabgaben und die umfangreiche juristische Recherche und wünschte ihr im Namen des Ressorts viel Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg.

Zum Papstbesuch Sonderurlaub erhalten

50 Tarifbeschäftigte bzw. Beamte aus Thüringer Ministerien erhielten zum Papstbesuch am 23. September Sonderurlaub, um an der Messe im katholischen Eichsfeld teilzunehmen, wie der Landtag auf Mündliche Anfrage von MdL Sabine Berninger erfuhr. Die Beschäftigten waren sogar per Erlass des Thüringer Finanzministeriums auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden, wie der Innenstaatssekretär mitteilte. „Nach der Thüringer Urlaubsverordnung gibt es die Möglichkeit des Sonderurlaubs nicht nur für solche religiösen Ereignisse, sondern bspw. auch für besondere Veranstaltungen etwa der Gewerkschaften. Allerdings ist nicht bekannt, dass ein Thüringer Ministerium jemals per Erlass auf einen Gewerkschaftstag aufmerksam gemacht hätte“, kritisierte die LINKE Abgeordnete diese Unterstützung religiöser Glaubensausübung.

Zusätzliche Kosten seien dem Freistaat angeblich nicht entstanden, so der Staatssekretär, der allerdings einräumen musste, dass es natürlich einen kostenrelevanten Arbeitsausfall gegeben habe. Sabine Berninger sieht ihren Verdacht, der Erlass über den Sonderurlaub sei einzig wegen der sich abzeichnenden doch eher geringen Teilnahme an den Papstveranstaltungen herausgegeben worden und der Freistaat habe damit entgegen des säkularen Staatsmodells Religionsausübung direkt staatlich unterstützt, nicht entkräftet.

Auf die Tagesordnung

Dass es die CDU-SPD-Koalition abgelehnt hatte, den Dringlichkeitsantrag der LINKEN zu den akuten Wohnraumproblemen von Studienanfängern zu beraten, nannte dies MdL Susanne Hennig „völlig unverständlich“. Es werde Fachkräftemangel und Abwanderung beklagt, aber eine positive Entwicklung mit großem Interesse an einem Studium in Thüringen nicht unterstützt. Besonders in Jena, Erfurt und Ilmenau steigen die Studierendenzahlen. Parallel dazu sinken die Mittel für Wohnheimbau auf Null. „Daher muss das Thema auf die Tagesordnung. Je früher desto besser.“

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.



Joachim und Sigmar

Die Frankfurter Buchmesse ist zu Ende und zwei Einheimische fühlten sich durch die geballte Präsenz mehr oder weniger intelligenter Formen des gedruckten Wortes wohl so herausgefordert, dass sie leichtsinnig wurden. Einer der beiden, Joachim Gauck, ist tolerant wie sonst kaum jemand – vorausgesetzt, man teilt hundertprozentig seine Meinung. Der frühere Pastor hat es geschafft, dass man sich über den Sieg eines blassen CDU-Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl freut.

Folgt man dem gefühlten Universalgelehrten Gauck, dann hat der Kampf um Bürgerrechte mit dem Ende der DDR auch sein Ende gefunden. Seitdem leben alle im Paradies, Kritik ist – im günstigsten Fall – Gemecker. Aktuell hat Gauck sich die weltweiten Proteste gegen die Macht der Banken vorgenommen. „Der heilige Joachim der Finanzmärkte“ (so ein Twitter-Nutzer über Gauck) findet solche Proteste natürlich „unsäglich albern“. Andere denken dasselbe über ihn: „Auch gegen Senilität gibt es etwas von Ratiopharm“, hat man ihm bei Twitter ins Stammbuch geschrieben.

Kaum wird gegen die Banken demonstriert, will sich die SPD hurtig an die Spitze der Bewegung setzen. Das ist die Partei, die mit schöner Regelmäßigkeit immer dann, wenn sie an der Regierung ist, das Gegenteil von dem macht, was sie vorher versprochen hat (sie sorgte beispielsweise für die Zulassung einiger der perversesten „Finanzinstrumente“ in Deutschland). Sigmar Gabriel, der SPD-Vorsitzende, grummelte nun irgendetwas in Richtung „Banken ein bisschen regulieren“ in ein Mikro, was in der medialen Interpretation aber als Forderung nach „Zerschlagung deutscher Banken“ firmiert. Merke: in der Bibel ist Gabriel der Erzengel der Verkündigung und auch beim weltlichen Namensvetter wird es bei Worten bleiben.